

Kommunizieren statt Kriminalisieren **([Die PRESSE, 13.6.2023](#))**

Die Razzien gegen Mitglieder der Letzten Generation Deutschland und die zumindest kurzzeitige Verhaftung von 1500 Klimaaktivist:innen in Den Haag provozieren eine Eskalation im Umgang mit Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen. Solche Aktionen fördern zusätzlich die jetzt schon spürbare Spaltung der Gesellschaft in Klimaaktivist:innen und all die, denen die Forderung nach Klimaschutz jetzt schon zu weit geht oder die diesen sogar ganz ablehnen. Die Aktion wurde von der Bayrischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus initiiert. Allein diese Tatsache bringt friedliche Klima-Aktivist:innen in Zusammenhang mit Terrorismus. Der Berliner Bürgermeister spricht davon, er wolle Berlin aus der ‚Geiselhaft dieser Chaoten‘ befreien. Geiseln werden gewöhnlich von Schwerverbrechern oder Terroristen genommen. Begriffe wie Klima-Terrorismus oder Klima-RAF werden von Politiker:innen und Medien in die Diskussion geworfen.

Gewaltfreier ziviler Ungehorsam wird kriminalisiert. Dieser ist, so die Philosophen John Rawls und Jürgen Habermas, wichtig, notwendig und gerechtfertigt als symbolischer Appell an das Rechtsempfinden der Mehrheit. Er ist das „letztes Mittel“, als Resultat des Pflichtenkonflikts zwischen Gesetzestreue einerseits und der moralischen Verpflichtung andererseits, Ungerechtigkeit öffentlich, gewaltfrei und ungesetzlich aufzuzeigen - bei voller Akzeptanz der rechtlichen Folgen. Klima- und Generationengerechtigkeit wird so zum „moralischen Imperativ“. In wessen Interesse wird hier kriminalisiert? Nicht die Klimaschützer:innen werden zunehmend aggressiv, sondern ihre Gegner. Die Klimaschützer:innen sind nicht „bekloppt“, wie der deutsche Bundeskanzler Scholz abwertend und unpassend meinte. Sie kämpfen nur für ihre, ja für unser aller Zukunft.

Wie wohltuend dagegen die aktuelle Reaktion der UNO: „Klimaaktivisten – angeführt von der moralischen Stimme junger Menschen – haben ihre Ziele auch in den dunkelsten Tagen weiterverfolgt. Sie müssen geschützt werden und wir brauchen sie jetzt mehr denn je“ (Stéphane Dujarric, UNO). Auch die deutsche SPD Co-Chefin Saskia Esken verteidigt die jungen Klimaaktivisten nun gegen überzogene Maßnahmen der Generalstaatsanwaltschaft München.

Wir brauchen jetzt keine Lagerkämpfe und kein Anheizen von Aggressionen in der Gesellschaft. Vielmehr tut gemeinsame Anstrengung aller Bevölkerungsteile und aller staatlichen Institutionen not - und das weltweit. Das gemeinsame Ziel muss sein, die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch zu vermeiden. Das geht nur mit globalen koordinierten Aktionen. UNO-Generalsekretär Guterres weist mit **„Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal“** drastisch auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes hin. Wir alle, die wir jetzt leben, sind die letzten, die durch konsequentes Handeln noch ein dauerhaftes Kippen des Weltklimas verhindern können. Wenn wir jetzt nichts tun, dann ist es zu spät. Es gibt weitgehende Übereinstimmung über die Klimaziele und Maßnahmenkataloge. Lokale und globale Klimaschutzorganisationen, Teile der politischen Welt bis hin zur UNO erheben ihre Stimmen, sie zeigen ein Bewusstsein der Dringlichkeit. Um mit der Philosophin Hannah Arendt zu sprechen, wir haben als gemeinsam im öffentlichen Raum Auftretende die politische Macht, durch unsere auf moralischen Überzeugungen und wissenschaftlichen Fakten basierenden Aktionen

Einfluß zu nehmen auf den weiteren Fortgang der Klimaschutzpolitik. Das macht Mut.

Es ist noch nicht zu spät, aber wir haben keinen Augenblick mehr zu verlieren!

Tilman Voss, im Namen von Artists for Future, Austria Guides for Future, Grandparents for Future, Parents For Future, Seniors for Future

